

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 43 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13608.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein neuer englischer Durchbruchversuch gescheitert Die Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für Stockholm.

Die neuesten Meldungen.

Interpellationen der „Mehrheits“fraktion.

Berlin, 4. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossene, folgende Interpellation im Reichstag einzubringen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß durch Bestimmungen der militärischen Befehlshaber in Elsaß-Lothringen andauernd gegen die elsass-lothringische Bevölkerung, gegen das Schutzhafte und gegen die Immunität der Reichstagsabgeordneten verstoßen wird? Als Neben für diese Interpellation wurden bestimmt die Genossen Wendel und Böhle.

Berlin, 4. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt, wie der Vorwärts meldet, folgende Resolution, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die von verschiedenen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen über Arbeitskräfte in den Land- und Forstwirtschaften, die mit Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst in Widerspruch stehen, aufgehoben werden.

Die Kabinetskrise in Griechenland.

Athen, 2. Mai. (M. S. P.) J. A. im. is. übernimmt das Ministerium des Reichens. Makis wieder das Finanzministerium. Die übrigen Minister werden heute abend ernannt werden.

Eine Abgabe an den Grafen Elza.

Budapest, 3. Mai. (M. S. P.) Die in Kreisen der Regierungspartei verläutet, teilen die Abgeordneten Graf Esterhazy und Graf Bethlen dem Ministerpräsidenten Elza mit, daß sie nicht in der Lage seien, das Angebot des Ministerpräsidenten, in das Kabinett einzutreten, anzunehmen.

Die norwegischen Schiffsverluste im April.

Kopenhagen, 3. Mai. Nationaltidende meldet aus Christiania: Die Zahl der im April versenkten norwegischen Schiffe beträgt über 70. Es sind gegen 100 norwegische Seeleute umgekommen. Im März wurden 88 Schiffe versenkt. Wenn der deutsche U-Bootkrieg in der gleichen Weise wie bisher fortgesetzt wird, ist die norwegische Handelsflotte für Auslandsfahrten im Laufe von anderthalb Jahren vernichtet.

Anfragen über die englisch-französische Offensive.

Genf, 4. Mai. Die Interpellationen über die französisch-englische Offensive häufen sich. Heute liegen bereits ein Duzend vor. Alle werden in einer Geheim Sitzung Ende Mai verhandelt werden, gleichzeitig mit Interpellationen über den U-Boot-Krieg. (W. S. P.)

Einberufung des japanischen Parlaments.

Stockholm, 4. Mai. Aus Tokio wird gemeldet: Das japanische Parlament wurde zum 6. Juni einberufen. (Frankf. Ztg.)

Eisenbahnunfall in Bayern.

Neumarkt (Oberpfalz), 3. Mai. (M. S. P.) Auf der Strecke nach Regensburg ereignete sich heute zwischen Duerling und Eichenhofen ein Dammbruch, wodurch ein Güterzug entgleiste. Ein Wagenwärtler wurde getötet, der Zugführer und der Dreher wurden verletzt. Beide Geleise waren bis heute abend gesperrt.

Veränderungen in der preussischen Verwaltung.

Berlin, 3. Mai. Die Kreuzzeitung meldet: Dem Vernehmen nach stehen für die nächsten Wochen umfangreiche Veränderungen in der preussischen inneren Verwaltung bevor. Es verläutet, daß sieben Regierungspräsidenten und etwa dreißig Landräte aus ihrem bisherigen Wirkungskreis ausscheiden.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 3. Mai befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Veränderungen in der Weltwirtschaft

Mit dem Andauern des Krieges vermehren und stärken sich auch die Voraussetzungen und Erwartungen, die in gewissen Kreisen in bezug auf eine Beschränkung des weltwirtschaftlichen Verkehrs und in der Bildung von geschlossenen Handelsstaaten gepflegt werden. Dergleichen Ziele sind aber immer sehr einsichtig gedacht. Unfern Agrariern z. B. liegt nur daran, die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Möglichkeit zu unterbinden. Dagegen müßten sie die Ausfuhr, namentlich der von Industrieerzeugnissen, ganz gern den Weg offenhalten. In solchen Wünschen begegnen sie sich mit den Leuten von der Schwerindustrie. Aus diesem Grunde kämpfen die beiden Gruppen auch gemeinsam für Schutzzölle, die der Einfuhr ausländischer Waren die stärksten Hindernisse bereiten sollen.

Vor solcher Gesichtspunkte ist die agrarische Kriegswirtschaft ebenfalls stark beeinflusst worden. Am bei Kriegsende mit gewichtigen Gründen gegen die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch aufwarten zu können, hat man die Viehzucht übermäßig gefördert. Das konnte aber nur geschehen auf Kosten unwirtschaftlichen Verbrauchs von Nahrungsmitteln, die unmittelbar der menschlichen Ernährung dienen sollen. Getreide, Kartoffeln, Wurzelfrüchte und Gemüse wurden verfrachtet. Dieser Umstand hat die Schwierigkeit der Beschaffung von Lebensmitteln zu der jetzigen Größe auswachsen lassen. Ueberhaupt liegt die ganze, auf Abschließung vom Weltverkehr gerichtete Schutzpolitik nicht im Interesse der großen Masse des Volkes. Es ist eine sehr einseitige Erzeugerpolitik, die den Verbraucher vollständig unter die Herrschaft der Warenverkäufer bringen soll. Nicht einmal den Bauern dient sie zum Vorteil. In der agrarischen Deutschen Tageszeitung (Nr. 107 vom 19. 4. 17) wird behauptet, die Lebenshaltung des Bauern, die seiner Dienstboten und Arbeiter „sei heute fast ärmer als vor einem halben Jahrhundert, weil der Bauer heute mehr Gelegenheit beste, Milch, Butter und Eier zu verkaufen und diese Gelegenheit auch hier und da nach Kräfte nützen müsse, um seinen hypothekarischen Verpflichtungen nachzukommen“.

Demnach haben die Schutzzölle den Bauern so große Belastungen gebracht, daß sie sogar ihre Ernährung gegen früher verschlechtern mußten. Trotzdem fordern die Großgrazier immer noch höhere und immer mehr Schutzzölle. Vor allem nun auf Erzeugnisse der Viehwirtschaft, auf Futtermittel, neuerdings auf Gemüse, Obst, Wolle und Spinnstoffe. Außerdem wollen sie dem Handel und der Industrie Wege bahnen, damit der Außenhandel weiter blühe. So läßt sich das genannte Blatt (Nr. 104 vom 17. 4. 17) schreiben, daß bei den Friedensverhandlungen auf den Schutz der im Auslande internierten Deutschen besonders Bedacht genommen werden müsse, die vor dem Kriege genossene Bewegungsfreiheit, sei ihnen zu sichern, die Rückwanderung der aus Anlaß des Krieges nach Deutschland gekommenen Reichsangehörigen zu ermöglichen, damit dieser „mit den Verhältnissen im Auslande vertraute Stab der Pioniere des deutschen Außenhandels“ in den betreffenden Ländern die Einfuhr deutscher Waren fördere.

So kreuzen sich die stets von einseitigen Interessen diktierten Bestrebungen, die einmal Deutschland vom Weltmarkt abschließen wollen, dann wieder die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse wichtig erleichtern sollen. Die gleichen Ziele verfolgen die gleichen Interessengruppen aus den gleichen Beweggründen im Auslande. Ueberall unter der Parole: Schutz der nationalen Arbeit! und überall aus der Absicht, die Sonderinteressen der treibenden kleinen Volksteile auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu fördern, ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. In solchen Bestrebungen liegt der Keim zu neuen Gegenständlichkeiten. Sie zu verhindern, das wird eine der Hauptaufgaben der Arbeiterklasse sein; sie muß ihre wirtschaftspolitischen Kämpfe stark nach dieser Richtung einstellen. Gegen engherzigen Schutzzoll, für möglichst ungeschützten weltwirtschaftlichen Verkehr! Das wird um so dringlicher, weil die Einwirkungen des Krieges ohnehin in mancher Hinsicht Veränder-

ungen in der Bedarfsdeckung herbeiführen. Dabei kommen sowohl landwirtschaftliche wie auch gewerbliche Erzeugnisse in Betracht. Soweit es sich dabei um wirkliche wirtschaftliche und technische Fortschritte handelt, wird man die Neuordnung im Frieden beibehalten; es sollte aber nicht geschehen, wenn sie einen unnötigen Aufwand von Kosten und Arbeitskraft bedingt, den man durch vernünftige Handelsverträge vermeiden kann. Eine Repelung der wirtschaftlichen Dinge, die so weit wie nur eben möglich auf zweckmäßiger Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft beruht, ist die beste Förderin des Wohles aller Völker; sie dient der allgemeinen Kultur und der friedlichen Zusammenarbeit.

Sicher ist, daß sich mindestens auf eine Reihe von Jahren im Weltverkehr erhebliche Verschiebungen zeigen werden. Amerika und Japan, auch England, sichern sich wertvolle Konzessionen und wirtschaftliche Vorrechte in Rußland und China. Mit einer Zurückdrängung deutscher Waren von diesen Märkten muß man rechnen. Nur Entgegenkommen bei dem Abschluß von Handelsverträgen kann da in gewissen Grenzen vorbeugen. Amerika hat seine Baumwollindustrie stark gefördert; das gleiche ist von Indien zu sagen, wo auch die Webereien wichtig ausblühen. Der deutschen Textilindustrie, der vielleicht auch der Bezug von Rohstoffen erschwert wird, erwachsen nun beachtenswerte Konkurrenten. Die russische Revolution kann im östlichen Nachbarreich Deutschlands wirtschaftliche Kräfte entwickeln, die, von englischem und amerikanischem Kapital befruchtet, für die Weltwirtschaft von großer Bedeutung sein werden. Hier ist der Boden vorzubereiten um der Ausfuhr deutscher Fertigerzeugnisse Eingangstore zu öffnen. Das wäre nicht möglich bei einem anschwellegenden agrarischen Schutzzoll, der die Einfuhr russischer Agrarprodukte verhindert. Frankreich ist in erheblichem Maße von England und Amerika finanziell abhängig geworden; es wird diese Abhängigkeit mit wirtschaftspolitischen Konzessionen bezahlen müssen. In der gleichen Lage befindet sich Italien. Im Jahre 1913 bezog Italien z. B. aus Amerika für 87 Mill. Lire Kohlen, Eisenwaren, chemische Erzeugnisse, Getreide und Mehl, im Jahre 1916 jedoch für 1026 Mill. Lire. Einen Teil des neueroberten Absatzmarktes wird Amerika auch nach Schluß des Krieges zu erhalten wissen. Japan hat im Schiffbau so reichliche Erfahrungen gesammelt, daß die dortigen Industriellen neue Schiffsverke errichten, um nach dem Kriege als Konkurrenten auf dem Weltmarkt mitreden zu können. Rußland bereitet sich vor, mit seiner mehr auf modern technische Grundlage ruhenden Zuckerindustrie dem süßen Zucker früherer Absatzgebiete dauernd streitig zu machen.

In der Türkei trifft man Vorbereitungen zu einer großzügigen landwirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die Verwirklichung des Planes würde der deutschen Maschinenindustrie ein größeres Absatzfeld in Aussicht stellen. Dem türkischen Verban soll ebenfalls ein Aufblühen bevorstehen. Dabei dürfte auch wieder deutsches Kapital vorwiegend in Betracht kommen.

So bereiten sich überall neue Verhältnisse vor, die der allgemeinen kapitalistischen Tendenz nicht widersprechen, indem sie wirtschaftlich vorteilhaft sind und keiner künstlichen Unterbindung der Konkurrenz bedürfen, sondern sich dank ihrer günstigen Voraussetzung im freien Wettbewerb durchsetzen können. Das wird in nur gewissen Grenzen von den sogenannten Erfahrungskostoffen der Fall sein. Ihre Konkurrenzfähigkeit kann sich erst nach Beendigung des Krieges erweisen. Größere Bedeutung dürfte die Gewinnung von Eisen aus früher wenig ausbeuteten Erzen behalten, sofern sie sich nicht auf einen unverhältnismäßig großen Aufwand von Kosten, landern mehr auf bessere technische Verfahren stützt. Zu den geläufigsten Fragen scheint die künstliche Gewinnung von Stickstoff zu gehören; jedoch wird man das endgültige Urteil darüber ebenfalls noch zurückstellen müssen.

Wettgepannte Erwartungen setzen Hochleute auf die erheblich gesteigerte Ausnutzung des Heizwertes der Kohle, durch Vergasung des Brennstoffes am Orte der Gewinnung. Das Problem, mit dem die Techniker sich schon seit Jahren beschäftigen, soll nun zufriedenstellend gelöst worden sein. Dr. Julius Becker entwirft über die